

Was sagt uns diese Wahl?

Derweil sich nach der Zustimmung des SPD-Konvents zu Koalitionsverhandlungen die tagesaktuelle mediale Begleitung auf eine weitere große Koalition fokussiert, droht die tiefer gehende politische Auswertung und Deutung der jüngsten Bundestagswahl weitgehend auszufallen, insbesondere bei den Sozialdemokraten. Dabei handelt es sich bei den Wahlergebnissen des 22. September um eine dramatische Verschiebung der politischen Koordinaten dieser Republik, und zwar keineswegs nur durch das Ausscheiden des parlamentarischen „Gründungsmitglieds“ FDP und die nur hauchdünn verfehlt absolute Mehrheit der Union.

In den folgenden Beiträgen soll der Versuch einer ersten Aufarbeitung unternommen werden. Einer Aufarbeitung, die auch künftige Perspektiven für neue Regierungsmehrheiten jenseits Angela Merkels aufzeigt. Den Anfang macht Stefan Grönebaum, über eine Dekade lang Chefredakteur der SPD-nahen Zeitschrift für Kommunalpolitik (DEMO). Es folgt ein Beitrag zu den Risiken einer großen Koalition, für Europa und die SPD, von Stefan Collignon, Professor für Wirtschaftswissenschaften und währungspolitischer Berater von EU-Kommission und -Parlament. Anschließend analysiert der Vorsitzende der Berliner Grünen, Daniel Wesener, den enttäuschenden Wahlausgang seiner Partei. Und im abschließenden Beitrag plädieren für ein neues linkes Projekt der Historiker Peter Brandt (Willy-Brandt-Kreis), die Geschwister André und Michael Brie (Ersterer langjähriges Mitglied des EU-Parlaments für die Linkspartei, Letzterer bis zum 31. Oktober Leiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung) sowie Frieder Otto Wolf (langjähriges EU-Parlamentsmitglied für Bündnis 90/Die Grünen). – D. Red.

SPD: Zielmarke 40 Prozent

Von **Stefan Grönebaum**

Was für ein erstaunlicher Vorgang: Die deutsche Sozialdemokratie erleidet eines der schlechtesten Wahlergebnisse ihrer 150jährigen Geschichte und scheint doch weitermachen zu wollen, als wäre nichts geschehen. Fehlersuche? Vertagt wegen Regierungsbeteiligung?

Bereits nach dem Debakel der SPD bei der Bundestagswahl im Herbst 2009 stellten Stephan Grüger und ich 14 Thesen auf, die die strukturellen Ursachen der Malaise der Sozialdemokratie erklären und zugleich Auswege aus

ihr aufzeigen sollten.¹ These eins lautete, dass nach dem Debakel ein „Weiter so“ unmöglich ist. Daran hat sich nichts geändert, im Gegenteil: Vier Jahre und eine weitere herbe Wahlniederlage später ist es erneut an der Zeit, die Gründe klar zu benennen. Schließlich gilt seit Ferdinand Lassalle: „Die revolutionärste Tat ist, laut zu sagen, was ist.“

Die Wahlniederlagen 2009 und 2013 demonstrieren vor allem eines: das nachhaltige Scheitern des Schröder-Kurses einer Anpassung an den neoliberalen Mainstream. Der medial gestützte Putsch einer SPD-Führung gegen ihre Mitglieder und Wähler hat deren Vertrauen nachhaltig erschüttert und beide bei der Wahl 2009 zahlenmäßig halbiert.

Der Wahlausgang dieses Jahres hat diese Einschätzung eindrucksvoll bestätigt: Der Wahlkampf wie die Feiern rund um die Agenda 2010 im März 2013 zeigten die Unfähigkeit von Teilen der Parteispitze, sich zur Agenda-Politik souverän-kritisch zu verhalten. Doch nur so hätte man wenigstens einen Teil jener Wähler zurückgewonnen, die auch 2013 aus mangelndem Vertrauen in die politische Glaubwürdigkeit der SPD zu Hause geblieben sind.

Der beschädigte Markenkern

Die SPD hat 2009 und 2013 verloren, weil sie mit ihren im Kern sozial unausgewogenen Agenda-Reformen ihren Markenkern der sozialen Gerechtigkeit beschädigt hat. Noch heute tut sich die SPD schwer einzuräumen, dass die Einrichtung eines Niedriglohnsektors ebenso ihre genuine Politik war wie – zugegebenermaßen auf Druck der Gewerkschaften – ihre Ablehnung eines Mindestlohns.

Die SPD hat auf diese Weise eine breitere Arbeitnehmerperspektive zugunsten einer nebulösen Neuen Mitte aufgegeben – zur völlig falschen Zeit. Vertrauen geht schnell verloren, ist aber nur langsam zu erneuern. Die stark auf die schmale Gruppe der meist männlichen Bildungsaufsteiger reduzierte SPD tut sich bis heute schwer, Vertrauen bei Arbeitnehmerschaft, Unterschichten, aber auch bei Frauen zurückzugewinnen. Das liegt auch daran, dass der letzte Arbeiter 2013 aus dem Bundestag ausschied.

Bis heute dient sich die selbst erklärte „Arbeitnehmerpartei“ gern der Wirtschaft an, ohne dabei selbstbewusst eigenständige Wirtschaftskonzepte zu vermitteln – und erhält prompt von Managern miserable Werte bei der Wirtschaftskompetenz. Viel stärker als bisher müsste sie sich um die stark ausdifferenzierte Arbeitnehmerschaft mit einem Viertel prekär Beschäftigter kümmern, die das reaktivierte Bündnis von SPD und Gewerkschaften über seine Kernklientel in gut organisierten Exportindustrien hinaus kaum nennenswert erreicht.

Dass die nach Schröder geschwächte und desavouierte SPD keinen Gegenkurs zum gemäßigt neoliberalen Mainstream einschlagen kann, bestätigte sich in den Jahren seit der Finanz- und Wirtschaftskrise: Zu wenige besaßen

1 Vgl. Stefan Grönebaum und Stephan Grüger, Tanker mit Maschinenschaden. 14 Thesen zur Zukunft der SPD, in: „Blätter“, 11/2009, S. 57–66.

in der Sozialdemokratie den Mut, in der Debatte um die Eurokrise gegenzuhalten. Kritische Ansätze – von Eurobonds über Wachstumsprogramme bis hin zu einer schärferen Kontrolle des Finanzsektors – wurden immer wieder geräumt. Wenn es darauf ankam, stimmte die SPD staatstragend mit Angela Merkel und vermied jede klare Profilierung. Stephan Hebel stellt zu Recht fest: „Sicher wäre es mutig gewesen, einer von Anti-Europa-Propaganda teils infizierten Öffentlichkeit gemeinsame Schulden zu erklären. Aber gerade dieser Mut war und ist es, der der SPD fehlte und fehlt. Und dieses Beispiel steht leider für die gesamte Oppositionspolitik der SPD seit 2009.“²

In der Konsequenz vertrauen die Wähler der SPD nicht mehr – und haben sie nicht etwa nur falsch verstanden. Das zeigte sich wieder, als zum 150. Geburtstag der „Arbeiterpartei“ ihr rund 60 Prozent der Befragten absprachen, noch Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. Bis heute sehen die Bürger wenig gravierende Unterschiede zwischen SPD und Union: Laut Forschungsgruppe Wahlen sahen im Wahlsommer 2013 ganze 25 Prozent echte inhaltliche Differenzen – wohlgemerkt: als Oppositionspartei.³ Ein geschärftes Profil sieht anders aus.

Gültig bleibt: Als neoliberale Partei „light“ ist die SPD deplatziert. Als Lehre aus dem aktuellen Wahlkampf tritt hinzu: Eine marktkritische Haltung ohne ernsthafte politische Konsequenzen – etwa für den Europakurs – wirkt wenig überzeugend.

Was sind die Folgerungen?

Was folgt aus alledem? Viele in der SPD-Spitze verstehen Münteferings Satz „Opposition ist Mist“ so, dass Regieren alles ist. Ziele, Zwecke und Inhalte erscheinen nachrangig. Der Merksatz scheint zu lauten: „Hier stehe ich, ich kann auch anders – Hauptsache, wir regieren (mit)“. Das merken aber nicht nur die politische Konkurrenz und der große Koalitionspartner – vor allem die dafür sensible Kanzlerin –, sondern insbesondere der Wähler. Er will Inhalte, nicht Machtspiele von der SPD.

Doch eben diese Spiele laufen weiter: Schon 2009 bemerkten wir, dass alle wesentlichen Kommandohöhen der Partei von „Seeheimern“ und „Netzwerkern“ bzw. „Schröderianern“ besetzt wurden. Ende 2009 bildeten die alten Spitzen ein Machtbündnis mit der neu-alten Parteiführung um Sigmar Gabriel (zuvor Bundesumweltminister der großen Koalition) und Andrea Nahles (zuvor Frontfrau der Regierungs-Linken, nunmehr nur noch „oben“). So war niemand neu an der Parteispitze. Dass tatsächlich alles beim Alten blieb, wurde nur dadurch verhindert, dass einer der Verursacher des Debakels schlicht überzog – Franz Müntefering, der sich am Wahlabend wieder zum Parteichef ausrief –, was einfach nicht durchsetzbar war.

Die Schröder-SPD blieb jedoch mit beiden „Stones“ und ihrem Umfeld in der Parteispitze präsent und konnte – wie beim Streit um den Fiskalpakt im

2 Stephan Hebel, Die Profilvermeider, in: „der Freitag“, 1.7.2013.

3 2009, zum Ende der großen Koalition, waren es sogar nur 21 Prozent.

Sommer 2012 – sogar den Vorsitzenden in die Zange nehmen, wie einst Kurt Beck am Schwielowsee: Sigmar Gabriel saß bei seinen inhaltlichen Profilierungsversuchen zwischen den Granden von Fraktion und Partei fest. Die folgende Troika war kein strategisches Zentrum der Partei, sondern stets ein mühsamer Notbehelf, der am Ende folgerichtig zerfiel – in eine Spitzengruppe dreier sich belauernder und beharkender Männer. Dagegen wirkten die Reihen des Kanzlerinnenwahlvereins Union fest geschlossen.

Mehr Mut zu wirklichen Alternativen

Tatsächlich sehen viele Spitzengenossen bis heute nicht ein, dass die Schröder-Reformen vielleicht Deutschlands Exportchancen verbessert, aber die Ängste gering qualifizierter und bezahlter Arbeitnehmer wie auch in der Mittelschicht vergrößert haben – und damit die Wahlchancen der SPD bei ihren Kernwählern dauerhaft vermindern. Übrigens vertrieb die Gerechtigkeitslücke bei Hartz IV keineswegs nur irgendwelche „Traditionalisten“, sondern gerade moderne Arbeitnehmer mit ausgeprägt sozialem Bewusstsein.

Eine andere Politik als das Hinterherhinken hinter dem Mainstream, verziert mit einigen sozialen „Schmankerln“, bleibt jedoch möglich. Die SPD muss die Anpassung an neoliberale Dogmen endgültig aufgeben und konkrete Inhalte wie Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte, den Einsatz für bessere Bildung und öffentliche Infrastruktur, für Energiewende hin zu Erneuerbaren sowie für mehr soziale Sicherung bei Rente, Pflege und Bürgerversicherung ins Zentrum stellen. In der Steuerpolitik gilt es, breitere Schultern mehr zu belasten, aber auch die arbeitende Mittelschicht zu entlasten. Zuletzt muss sie Familienpolitik („Gedöns“) noch ernster nehmen.

Immerhin in Teilen angegangen wurde dieses Programm von Hannelore Kraft: Sie hat in Nordrhein-Westfalen die Stärkung von Daseinsvorsorge und öffentlichen Gütern – vor allem der Bildung – offensiv propagiert und wenn möglich umgesetzt: kommunaler Stärkungspakt, Schulreform, präventive Sozialpolitik und vieles mehr. Kraft hat neue Bündnisse befördert, wie die mit Handwerk und Mittelstand, und alte revitalisiert, wie mit den Gewerkschaften. In wichtigen Einzelfällen wie bei der Beamtenbesoldung, war sie bereit, über Klientelpolitik hinauszugehen und beispielsweise eine Besoldungserhöhung nur sozial gestaffelt umzusetzen. Damit hat sie bewiesen, dass sie das Drohpotential der eigenen Klientel im Interesse der Sache nicht fürchtet – das dürfte ihr zwar nicht bei höheren Beamten helfen, aber dafür bei Millionen Wählerinnen und Wählern.

Mit ihrer sozial integrativen Politik hat Kraft 2012 genau die 40 Prozent geholt, von denen wir 2009 als real existierendem Potential geschrieben haben. Dass dies nicht überall zu wiederholen ist und von der Glaubwürdigkeit der Führungsperson(en) abhängt, versteht sich. Fest steht jedoch auch: Es gibt bereits heute Teile und Gliederungen der SPD in Ländern und Kommunen, die beim Reformkurs weitergekommen sind als die Bundesspitze.

Medien oder Basis – wer wählt die Spitze?

Umso wichtiger ist es, dass auch die Bundes-SPD zeigt, dass sie aus ihren Fehlern und Problemen gelernt hat: Dazu gehören personelle, inhaltliche und organisatorische Veränderungen.

Nach 1999 ging die SPD den fatalen Weg, ihre Verluste an Mitgliedern und Wählern durch verstärkte Orientierung an Regierungsbeteiligung und den damit verbundenen staatlichen Ressourcen wettzumachen. Auf diese Weise koppelte sich die SPD-Führung trotz aller Wahlniederlagen der Jahre 1999 bis 2009 von deren negativen Folgen ab: Diese trafen „nur“ die Basis der Partei, weniger die Spitzenmandatsträger, die zugleich in den Gremien – etwa auf Bundesparteitagen – immer stärker an Einfluss gewannen. Die Partei steht heute daher noch immer vor der Alternative, entweder eine professionelle Kaderpartei für Berufspolitiker und solche, die diese Karriere anstreben, zu werden – oder sich grundlegend zu demokratisieren.

Diese Demokratisierung sollte mit erheblich mehr Selbstvertrauen erfolgen, als es bei der Nominierung Peer Steinbrücks 2012 zum Ausdruck kam: Wer sich einen Kandidaten aufs Auge drücken lässt von einer übelwollenden Koalition aus Demoskopen und Journalisten, die ihn jahrelang wie einst Gerhard Schröder gegen seine Partei hochgeschrieben haben, der darf sich nicht wundern, wenn dieselbe Riege tief enttäuscht reagiert, wenn sich der nominierte Kandidat doch als Sozialdemokrat erweist. Mit ihrem „Ja“ zur Mitgliederbefragung über die große Koalition zeigen Sigmar Gabriel und Hannelore Kraft, dass derartige Entscheidungen zukünftig nicht mehr an der Basis vorbei getroffen werden. Beide haben es als Führungsduo in der Hand, weitere Reformprozesse in der SPD anzuregen oder zu leiten. Dabei gilt es, nicht einzelne Gruppen wie „Arbeitnehmer“, „Frauen“, „Ältere“ oder „Jüngere“ zu addieren, zu bedienen oder gegeneinander auszuspielen, sondern alle Gruppen in ein gemeinsames Politikkonzept zu integrieren – rund um zentrale Begriffe wie „gute Arbeit“, „Chancen für alle“ und „sichere Zukunft“.

Darunter muss es deutliche Veränderungen an der Parteispitze geben, bei denen erkennbar wird, dass überzeugende Persönlichkeit und klares inhaltliches Profil gefördert werden. Die heutige Partei der „Büroleiter“ muss wieder eine der „Politiker und Politikerinnen“ werden. Bloße Machtspiele ohne eine Auseinandersetzung in der Sache – wenn etwa die Parteilinke deshalb gute Miene zum Kurs der Regierungsgenossen macht, weil sie mit einem „Alibi-Linken“ im Kabinett und einer „Generalin“ im Willy-Brandt-Haus vertreten ist –, verhindern offene Debatten und führen geradewegs in die Ununterscheidbarkeit zu Merkel.

Strategisch gilt vor allem eins: Schluss mit der Ausschließeritis vor und nach Wahlen. Im Gegensatz zu Hannelore Kraft pflegte die Troika diese „Strategie“, die keine war, von Beginn an – mit dem Ergebnis faktischer Chancenlosigkeit.

Der Herausforderung durch die Linkspartei begegnet man wirksam weder mit Totschweigen, noch mit Ausgrenzung, sondern mit attraktiver Politik und konkreten Vorhaben. Die Antwort auf die strategische Misere der SPD

liegt in praktikablen Angeboten für mehr Teilhabe, Wirtschaftskompetenz – so geht es etwa bei der Energiewende um weit mehr als den Strompreis – und dem klaren Eintreten für soziale Interessen. Das aber darf keine Frage von „links“ und „rechts“ sein, denn Flügelschlachten sind alle leid, sondern die gesamte SPD muss sich auf diese Inhalte einigen und sie vertreten. Dabei könnte Hessen nach 15 Jahren konservativ-liberaler Misswirtschaft gerade auch auf ökonomischem Gebiet als wichtiges Experimentierfeld dienen – für eine neue, demokratisch beteiligende, sozial- und wirtschaftskompetente Politik.

Große Koalition: Debakel mit Ansage

Von **Stefan Collignon**

Die SPD war bei dieser Bundestagswahl angetreten, Angela Merkel abzulösen. Das war ihr Versprechen. Jetzt schickt sie sich an, Merkels Arbeitsvertrag noch einmal um vier Jahre zu verlängern. Das wären 11 247 283 gebrochene Versprechen – so viele Menschen haben der SPD ihre Stimme anvertraut. Nun hat die SPD in ihrer 150jährigen Geschichte immer wieder bewiesen, dass sie Verantwortung für Deutschland zu übernehmen weiß und Parteiinteressen hinter das Gemeinwohl zu stellen versteht. Es fragt sich nur, ob eine Kanzlerin Merkel dem Gemeinwohl dient. Eine große Koalition mag kurzfristig politische Stabilität gewähren, langfristig ist sie aber eine Gefahr für die Demokratie.

Kanzlerin Merkel ist beliebt und eine relative Mehrheit der Deutschen wünscht sich eine große Koalition. Aber Popularität ist vergänglicher Ruhm, der schnell in Tränen enden kann. Eine neue Merkel-Regierung wäre schlecht für Deutschlands Wohlstand, verheerend für Europas Zukunft und schädlich für die Demokratie. Sozialdemokraten sollten sich reiflich überlegen, ob sie dafür verantwortlich sein wollen.

Krisenprofiteur Deutschland

Kein Zweifel, Deutschland ist besser aus der Finanz- und Eurokrise herausgekommen als viele Nachbarn. Die Arbeitslosigkeit ist gefallen und das Wirtschaftswachstum ist zwar schwach, aber wieder positiv. Das Ausland